Ressort: Politik

Bayerische Landesregierung will Energiewende per Kredit finanzieren

Berlin, 04.01.2014, 00:00 Uhr

GDN - Die bayerische Landesregierung will große Teile der Energiewende in Zukunft per Kredit finanzieren. Das geht aus einem energiepolitischen Grundsatzpapier der neuen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) hervor, das der "Süddeutschen Zeitung" (Samstagausgabe) vorliegt.

Danach sollen die Stromkunden künftig nur noch einen Fixbeitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien beitragen, der sich an ihrem Stromverbrauch orientiert. Was an Kosten darüber hinausgeht, könnte demnach über einen Fonds am Kapitalmarkt aufgebracht werden. Er würde später über Jahre hinweg von den Stromkunden abgetragen. "Eine echte sofortige Entlastung" lasse sich so realisieren, wirbt das CSU-Papier. Damit käme auch die zuletzt heftig umstrittene Ökostrom-Umlage aus dem Schussfeld. Mit ihr werden die Stromkunden an den Kosten für Wind- und Sonnenstrom, Geothermie- und Biomassekraftwerken beteiligt. Durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien war diese Umlage in den letzten Jahren jedoch stetig gestiegen - von gut zwei Cent im Jahr 2010 auf mittlerweile 6,2 Cent je Kilowattstunde. Einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt kostet die Förderung des Ökostroms damit in diesem Jahr fast 220 Euro, verglichen mit 70 Euro vor vier Jahren. Rund 20 Milliarden Euro kamen allein 2013 so zusammen, Tendenz steigend. Der Aigner-Vorschlag würde diese Dynamik durchbrechen. In dem Papier, das innerhalb der Landesregierung derzeit abgestimmt wird, rechnet ihr Haus dies für eine fixe Umlage von 4,9 Cent durch, ergo 170 Euro je Haushalt und Jahr. Weil so nicht genug Geld zusammenkäme, um alle Zusagen zu finanzieren, soll der Rest aus einem "Streckungsfonds" bestritten werden. Auf bis zu 72 Milliarden Euro könne dieser Mitte der zwanziger Jahre anwachsen. Einen ähnlichen Vorschlag hatte zuletzt unter anderem der einstige Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) gemacht. Danach sollten alle bisher angefallenen Förderzusagen künftig aus einem Altlastenfonds finanziert werden, der sich dann in späteren Jahren tilgen ließe - etwa aus den Gewinnen abgeschriebener Ökostrom-Anlagen. Im CSU-Vorschlag würden dagegen die Stromkunden den Fonds abtragen, und zwar ab dem Zeitpunkt, ab dem die Ökostrom-Umlage eigentlich unter 4,9 Cent sinken müsste. Zuletzt trieb vor allem die einst hohe Solarförderung, garantiert auf 20 Jahre, die Kosten. Sind die 20 Jahre um, sänke auch die Umlage - es sei denn, sie fließt fortan in Zins und Tilgung des Fonds. Verbraucherschützer begrüßten den Vorstoß am Freitag. "Damit ließen sich die Strompreise auf Jahre hinaus stabilisieren", sagte Holger Krawinkel, Energieexperte beim Bundesverband der Verbraucherzentralen. Der Fonds ersetze aber keine Reform des Fördersystems. "Das Ganze macht nur Sinn, wenn der Ausbau günstiger und effizienter wird als bisher." Die Branche selbst warnte vor dem Fonds. Er belaste künftige Generationen zusätzlich, hieß es beim Ökoenergie-Verband BEE. Auch sei fraglich, ob die EU mitspiele.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-27814/bayerische-landesregierung-will-energiewende-per-kredit-finanzieren.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619